lion organisierter Arbeiter vorhanden sind, sondern ihre künstlerisch hervorragenden Leistungen haben überall dazu beigetragen, wertvolle Konzerte zu ermöglichen und unsre Feste zu verschönen. Durch die großen Chorwerke und Oratorien, die sie aufzuführen vermochten, forderten sie die öffentliche Kritik zur lobenden Anerkennung heraus. Diejenigen, die vor 30 Jahren sagten: Der Arbeiter wird nie infolge des Dröhnens der Hämmer und Knirschens der Räder zu einem feinen Gehör und reiner Stimme kommen können, haben unrecht bekommen. Die Jungen behielten recht, die damals schon an die kulturellen Kräfte in der Arbeiterbewegung glaubten. Wir sind heute stolz darauf, daß diese Arbeitersängerbewegung so Großes und Vornehmes zu leisten vermag. (Bravo! und Händeklatschen.) Wenn es Arbeiter mit guter Tenor- oder Baßstimme gibt, die ihr Erstgeburtsrecht als Angehörige der Arbeiterklasse dadurch preisgeben, daß sie noch bei den Bürgerlichen singen, dann wird auch diese Tatsache um so stärker zurückgedrängt werden, je mehr die Arbeitersänger beweisen, was sie können. (Sehr richtig!) Durch Beschlüsse ist gegenüber solchen Outsiders wenig anzufangen. Die hohe künstlerische Leistung der Arbeitersänger wird auch die letzten aus dem Lager der bürgerlichen Sängerbewegung herausholen und sie in die große Bewegung einreihen, auf die wir uns heute stützen dürfen.

Die Tatsache, daß Sie die von mir vorgelegte Entschließung einstimmig annehmen werden, wird dazu beitragen, daß vom Magdeburger Parteitag ein innigeres Verhältnis als bisher zwischen Arbeitersport und sozialdemokratischer Bewegung hergestellt wird. Das ist so ungeheuer wertvoll, daß ich davon überzeugt bin, daß dadurch nicht nur die Partei, sondern auch der Arbeitersport wächst.

Es ist richtig, daß viele Arbeitersportler noch nicht einem sozialdemokratischen Verein angehören. Sie werden aber um so eher das Gesetz der Kraft gerade als Sportler begreifen, wenn wir sie darauf aufmerksam machen, daß sie unter Führung einer starken Sozialdemokratie leichter Förderung und Mittel von den Kommunen, Ländern und dem Reich erhalten. Wenn bei den kommenden Gemeindewahlen in Preußen aber besonders die Arbeitersportler für ihr Recht auf Gleichberechtigung wirken wollen, müssen sie durch öffentliche Kundgebungen dazu beitragen, den letzten schlafmützigen Proleten aufzurütteln und ihm gerade als Arbeitersportler das Beispiel geben, indem sie ihm zeigen: Willst du für deine Spielplätze und Turnhallen die öffentlichen Mittel erhalten, dann sorge du dafür, daß auch die jungen wahlfähigen Mädchen und Burschen ihre Stimme für die Sozialdemokratie abgeben. (Bravo!) Auf diese Weise können sehr starke politische Kräfte für die Partei aus dem großen Reservoir der Arbeitersportbewegung herausgeholt werden. Das Jungvolk greift, aufbauend auf der Arbeit der Alten, mutig und tapfer zu den Sternen, es reiht sich ein in den großen Strom, in dem die alten Kämpfer voranschreiten, die die roten Fahnen tragen. Möge die Jugend im Arbeitersport die körperlichen und kulturellen Kräfte, in der Sozialdemokratie die ökonomisch wirtschaftlichen Kräfte zur Entwicklung bringen, damit ein Geschlecht heranwächst, das erringen und formen hilft die sozialistische Gesellschaft. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Parteitag nimmt hierauf das Referat ohne Aussprache zur Kenntnis.

Antrag 184 wird mit großer Mehrheit angenommen, wodurch die Anträge 161 bis 165 erledigt sind.

Antrag 186 wird mit dem Zusatzantrag 189 angenommen.

Von den noch ausstehenden Anträgen begründet den Antrag 174

Wels: Parteivorstand und Ausschuß stellen diesen Antrag, um offnen Parteischädigern schnell entgegenarbeiten zu können. Vom Ausschlußverfahren brauchte nicht gar zu oft Gebrauch gemacht zu werden. Trotzdem erschien es zweckmäßig, die Rechtsgarantien für die vom Ausschluß betroffenen Genossen

stärker als bisher sicherzustellen, trotzdem aber den vorerwähnten Zweck zu ermöglichen.

Antrag 174 wird angenommen.

Antrag 188 begründet

Heinrich Schulz: Der Antrag spricht eine Selbstverständlichkeit in Form einer Entschließung aus. Es ist gestern ein Antrag nur wegen seiner unglücklichen Form abgelehnt worden, dessen Tendenz jedoch aufgegriffen werden soll. Bei der Gelegenheit werden die Ortsvereine gebeten, die bei ihnen angenommenen Anträge dem Parteitag in einer Form zu unterbreiten, daß nicht wieder ein solches Unglück passieren kann. In der vorgelegten Form glaubt der Parteivorstand, daß dem Antrag zugestimmt werden kann. Wir wollen uns zu unsrer alten kulturpolitischen Parole bekennen, daß wir für volle Freiheit der wissenschaftlichen Forschung und des künstlerischen Schaffens sind.

Antrag 188 wird angenommen.

Bericht der Beschwerdekommission

Den Bericht der Beschwerdekommission erstattet

Krüger (Berlin): Der Beschwerdekommission lagen zehn verschiedene Fälle vor, an denen 11 Personen beteiligt sind. Wir haben zum erstenmal auf diesem Parteitag über einen Antrag zu entscheiden, der sich auf Grund des § 28 Abs. 5 des Organisationsstatuts gegen den Parteivorstand richtet.

Im ersten Falle Lingner (Gronau) handelt es sich um einen lange Jahre in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen, einen Angestellten des Deutschen Baugewerksbundes in Dessau. Die Ortsverwaltung des Baugewerksbundes und der Bezirksvorstand der Partei schlossen Lingner wegen Untreue aus. Das Schiedsgericht bestätigte das Urteil. Die Beschwerdekommission ist der Auffassung, daß seiner Berufung an den Parteitag nicht stattgegeben werden kann. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Der Genosse Zander (Mühlendorf) bekleidet eine Reihe von Ehrenämtern, die ihm die Organisation übertragen hat. Seine Schwäche ist die Unduldsamkeit gegen andre Genossen. Siebenmal haben Unterbezirks- und Bezirksleitung versucht, Ordnung zu schaffen, jedoch entzog er sich immer wieder dem Eingriff der Parteiinstanzen. Im Ausschlußverfahren wurde eine scharfe Rüge erteilt, im Schiedsgerichtsverfahren wurde eine Rüge in verschärfter Form zum Ausdruck gebracht. Die hiergegen eingelegte Berufung beantragen wir zurückzuweisen. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Im Falle Cohen (Frankfurt a. M.) erfolgte der Ausschluß durch den Parteivorstand nach § 28 Abs. 5, der besagt, daß zur Partei nicht gehören kann, wer einer andern politischen Partei als Mitglied angehört oder sie finanziell unterstützt oder für sie oder gegen die Sozialdemokratie wirkt. Cohen gehörte nachweisbar dem sozialistischen Schutzbund an, der in Wirklichkeit eine Zelle der kommunistischen Parteiorganisation ist, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, nicht nur die republikanische Schutzorganisation, das Reichsbanner, zu bekämpfen, sondern auch gegen die Sozialdemokratie überall Stellung zu nehmen. Die vorliegenden Akten, insbesondere die wiederholten öffentlichen Aeußerungen Cohens lassen sein parteischädigendes Verhalten klar erkennen; er gehört innerlich zur kommunistischen Organisation.

Wir beantragen, den Beschluß des Parteivorstandes zu bestätigen und die Berufung zurückzuweisen.

Hörter (Heldenbergen): Ich muß mich dagegen wenden, daß Cohen auf Grund seiner Zugehörigkeit zu dem inzwischen aufgelösten sozialistischen Schutzbund ausgeschlossen wird. Der sozialistische Schutzbund, dem ich in seiner Anfangszeit auch angehörte, ist von den Kommunisten mißbraucht worden und

unter den Einfluß kommunistischer Spitzel geraten. Als das die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundes merkten, traten sie aus, darunter auch ich. Ich bitte, die Berufung Cohens gegen seinen Ausschluß trotzdem zurückzuweisen, weil wir nachweisen können, daß er nicht nur Mitglied des Schutzbundes, sondern auch der Kommunistischen Partei gewesen ist und seine Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie zu Spitzeldiensten mißbraucht hat. (Der Parteitag beschließt nach dem Antrag der Beschwerdekommission.)

Krüger (Berlin, Berichterstatter): In dem vierten Falle Jurmann (Riesa) wurde der Genosse in erster Instanz wegen ehrlosen Handelns und parteischädigenden Verhaltens ausgeschlossen. Das vom Parteivorstand eingesetzte Schiedsgericht bestätigte einstimmig dieses Urteil. Es waren einige Unehrlichkeiten nicht besonders schwerer Natur. Aber die Tatsache, daß er wegen seiner Stellung als Angestellter der Ortskrankenkasse seinen eignen Kollegen gegenüber ein wenig kollegiales Verhalten an den Tag legte, hat das Schiedsgericht bewogen, das Urteil erster Instanz zu bestätigen. Wir schließen uns dem an und beantragen, den Einspruch zurückzuweisen. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Der fünfte Fall betrifft Torfstecher (Berlin). Er ist zur Zeit des eingeleiteten Verfahrens etwa 2 Jahre Mitglied der Parteiorganisation gewesen. Er glaubt, auf Grund zweijähriger Mitgliedschaft prädestiniert zu sein, nunmehr von den parteigenössischen Mitgliedern der Bezirksämter und des Berliner Magistrats angenehme Stellungen in der Berliner Kommunalverwaltung zu erhalten. (Heiterkeit.) Er ist auch tatsächlich in die Berliner Kommunalverwaltung aufgenommen worden, mußte allerdings nach einiger Zeit entlassen werden. Eine sehr unangenehme Sache, die ihn aber nunmehr veranlaßte, in den Abteilungsversammlungen, selbst in solchen, zu denen er organisatorisch nicht gehörte, Stellung gegen diese Genossen zu nehmen. Der Bezirksvorstand hat Torfstecher eine scharfe Rüge erteilt. Dagegen legte er Berufung ein. Das Schiedsgericht hatte sich damit zu beschäftigen, und mußte, nachdem die Großberliner Organisation auch die Mitgliedschaft Torfstechers anzweifelte, auch zu dieser Frage Stellung nehmen. Es ergab sich, daß Torfstecher seit August 1928 keine Beiträge mehr gezahlt hat. Die Berliner Organisation hat ihn wegen Beitragsschulden gestrichen. Wir halten uns als Beschwerdekommission für unzuständig, gegen ein Nichtmitglied einen Beschluß des Parteitags herbeizuführen. Wir beantragen also Abweisung dieser Beschwerde wegen Unzuständigkeit. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Der nächste Fall betrifft Monk (Quadrath). Er wurde in erster Instanz zu einer Rüge verurteilt, und es wurde ihm die Fähigkeit aberkannt, das Gemeinderatsmandat und sonstige Ehrenämter in der Partei zu bekleiden, und zwar auf die Dauer von 5 Jahren. Das Schiedsgericht änderte das Urteil erster Instanz insoweit, als es auf Rüge erkannte, ihm aber aufgab, sein Gemeinderatsmandat nicht mehr auszuüben. Der fünfjährige Ehrverlust wurde aufgehoben. Monk übt dieses Gemeinderatsamt nicht mehr aus. Wir sind deshalb der Auffassung, daß die Begründung für seinen Einspruch nicht mehr besteht und beantragen deshalb, diesen Einspruch zurückzuweisen. (Es wird so beschlossen.)

Ich komme nun zu den Fällen Bülow (Stettin) und Hirschfeld (Stettin), zwei verschiedene Sachen, die aber in einem gewissen Zusammenhang stehen.

In dem Falle Bülow wird dem Genossen zur Last gelegt, ehrenrührige Mitteilungen über einen Parteigenossen der Stettiner Organisation Kommunisten gegenüber getan zu haben. Bülow bestreitet dieses. Weitere Dinge, zum Teil kleinlicher persönlicher Art veranlaßten den Bezirksvorstand zum Eingreifen. Bülow erhielt in erster Instanz eine Rüge und Aberkennung der Fähigkeit, innerhalb von 3 Jahren öffentliche Ehrenämter der Partei zu bekleiden. Im Schiedsgerichtsverfahren wurde auf Rüge erkannt, die 3 Jahre Aberkennung des Rechts zur Bekleidung von Ehrenämtern fallengelassen.

Gegen diesen Beschluß des Schiedsgerichts erhebt nunmehr der Ortsvorstand Einspruch. Wir bitten, diesen Einspruch zurückzuweisen.

Im Falle Hirschfeld (Stettin) handelt es sich um einen ähnlichen Personenkreis, wenn auch materiell um andre Dinge. Hirschfeld hat bewußt mit Hilfe falscher Wechsel die Volksdruckerei Stettin geschädigt. Wir bitten, das Urteil erster Instanz, das auf Ausschluß lautete, zu bestätigen.

Die Beschwerdekommission ist der Auffassung, daß durch ihre Anträge (im Falle Bülow Zurückweisung des Einspruchs des Bezirksvorstandes und im Falle Hirschfeld Bestätigung des Ausschlußurteils) die dortigen Parteiverhältnisse nicht bereinigt werden. Wir bitten den Parteivorstand, nach dieser Richtung hin etwaige Untersuchungen anzustellen. (Der Parteitag beschließt in beiden Fällen gemäß den Anträgen der Kommission.)

Ich komme zu den Fällen Hoereth (München) und Graf (München). Hier hatte die Beschwerdekommission die unangenehmste Aufgabe zu erledigen. Der Parteivorstand sah sich genötigt, das Protokoll der Schiedsgerichtsverhandlungen binden zu lassen. Es ist ein 402 Seiten starker Band. (Hört, hört!) Er liegt bei mir auf dem Platze. Neben diesem Schiedsgerichtsprotokoll befinden sich noch etwa 200 Seiten Akten. Die ganze Angelegenheit kostet der Parteiorganisation etwa 1200 Mark. (Hört, hört!)

Im Falle Hoereth hat die Parteiorganisation das Verfahren angestrengt und in erster Instanz auf Rüge und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung von Parteiämtern auf die Dauer von 3 Jahren, in zweiter Instanz auf die Dauer von einem Jahr erkannt. Das Urteil des Schiedsgerichts stützt sich nur auf die bewiesenen Tatsachen. Graf und Hoereth nahmen beide an organisierten Zusammenkünften einer bestimmten Münchner Richtung teil, die sich die Aufgabe gestellt hatte, führende Parteigenossen zu beseitigen und dafür ihre eignen Parteifreunde an diese Stelle zu setzen. Man kann dieses Verhalten auch als eine gewisse organisierte Opposition bezeichnen. Wir bitten im Falle Hoereth, den Einspruch zurückzuweisen. (Es wird so beschlossen.)

Bei der Untersuchung des Falles Graf (München) wurde vom Schiedsgericht dem Bezirksvorstand München anheimgegeben, einmal eine genauere Untersuchung in Sachen Graf stattfinden zu lassen. Das Schiedsgerichtsurteil stützt sich nur auf die tatsächlich bewiesenen Dinge, das heißt die organisierten Zusammenkünfte wie im Falle Hoereth. Es kam auch aus diesem Grunde zu dem gleichen Urteil. Bei der vom Bezirksvorstand auf Empfehlung des Schiedsgerichts angestellten Untersuchung ergab sich aber folgendes: Graf war einmal einen Tag vor der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien in Nürnberg von der KPD. zur USPD. hinübergewechselt, wohl um damit den direkten Anschluß zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei zu finden. Als er seinen Uebertritt zur Unabhängigen Partei und damit auch zum Eintritt in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei vollzog, wußten weder der Ortsvereinsvorstand noch der Bezirksvorstand Genaueres von dem Vorleben Grafs. Es hat sich aber an Hand der vorliegenden Akten ergeben, daß Graf mit Organisationen in Bayern in Verbindung steht, die zum „Oberland" gehören, die stark völkischen Charakter tragen, und daß er, wenn auch in der Inflationszeit, von diesen Organisationen, wie er selbst eingesteht, einen Betrag von etwa 350 000 Mark erhalten hat.

Die Beschwerdekommission ist der Auffassung, daß, wenn dies bei seinem Uebertritt zur USPD. und damit bei seinem Eintritt in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei bekannt gewesen wäre, er niemals Mitglied der Organisation geworden wäre. Wir beantragen deshalb unter Berücksichtigung des neu gewonnenen Tatsachenmaterials über die Rüge hinauszugehen und Graf aus der Partei auszuschließen. (Der Antrag wird vom Parteitag einstimmig angenommen.)

Der letzte Fall ist der Fall Dr. Bachem (Berlin). Im Sommer vergangenen Jahres erhielt die Oeffentlichkeit Kenntnis davon, daß der Prokurist der Arbeiterbank, Genosse Dr. Schönherr, plötzlich aus seinem Dienstverhältnis ausgeschieden sei. Eine Kette von teilweise unerfreulichen Vorgängen hat zu diesem Ausscheiden geführt. Dem Genossen Dr. Bachem, dem Direktor der Arbeiterbank, wird von der Berliner Parteiorganisation ganz allgemein parteischädigendes Verhalten vorgeworfen, weil auf seine Veranlassung zur Klarstellung bestimmter Vorgänge in der Arbeiterbank Organe des Staates hinzugezogen worden sind. Die Arbeiterbank ist das zentrale Finanzinstitut der gesamten modernen Arbeiterbewegung. Es betreut durchschnittlich 70 bis 80 Millionen Reichsmark. Die Verantwortung der gesetzlichen und satzungsmäßigen Organe der Arbeiterbank ist somit außerordentlich groß. Ein genaues Aktenstudium hat ergeben, daß, soweit dem Genossen Bachem wegen seiner Maßnahme ein parteischädigendes Verhalten zum Vorwurf gemacht wird, er diese Maßnahmen nach dem Zeugnis der beiden Vorsitzenden des Aufsichtsrats, der Genossen Leipart und Aufhäuser, unter ausdrücklicher Anordnung, teils unter verantwortlicher Zustimmung veranlaßt hat. Bachem ist somit ausführendes Organ seiner direkten Vorgesetzten gewesen.

Eine andre Sache ist es, ob es unbedingt notwendig war, staatliche Hilfsmittel heranzuziehen. Man kann allgemein bedauern, daß in einem Arbeiterunternehmen sich solche Dinge abspielen. Die Objektivität gebietet aber, festzustellen, daß nicht die Arbeiterorganisationen und auch nicht die Partei, sondern einzig und allein die gesetzlichen und satzungsmäßigen Organe der Bank die Verantwortung tragen. Gewiß ist es ein außergewöhnlicher Vorgang, wenn Parteigenossen polizeiliche Maßnahmen über sich ergehen lassen müssen. Es liegt aber doch so, daß die Organe der Bank bei ihren Handlungen sich nicht immer von der gar nicht klar umschriebenen Parteimoral allein leiten lassen können. Sind Interessen eines Arbeiterunternehmens schwer bedroht oder sind große Gefahren abzuwenden, dann sind nach Auffassung der Beschwerdekommission die verantwortlichen Instanzen verpflichtet, das zu tun, was im Interesse der Arbeiterbewegung notwendig ist. Wir glauben, daß im demokratisch-republikanischen Deutschland dies auch staatliche Hilfsmittel sein können. Wir beantragen, das Urteil des Schiedsgerichts aufrechtzuerhalten. (Der Parteitag beschließt demgemäß.)

Schlußansprache

Hierauf ergreift der

Vors. **Wels** das Wort zu folgender Schlußansprache: Parteigenossen und Parteigenossinnen! Damit sind wir, soweit ich es übersehen kann, am Schlusse der Arbeiten des Parteitags angelangt. Gestatten Sie mir, im Namen des Parteitags den Dank aller Beteiligten auszusprechen an die Magdeburger Parteiorganisation und auch an die Stadt Magdeburg, vor allem an ihren hervorragenden Oberbürgermeister, der ja mit die Anregung zur Schaffung dieser wunderbaren Stadthalle gab, in deren wirklich schönen Räumen wir die rege Anteilnahme der Delegierten an den Verhandlungen und auch einer Zuhörerschaft aus allen Kreisen der Bevölkerung herbeiführen konnten, wie das sonst auf frühern Parteitagen wohl kaum jemals möglich war. (Lebhafter Beifall.)

Unser Dank gilt weiter unsrer Organisation der Stadt Magdeburg und der Organisation des Bezirks Magdeburg-Anhalt, die sich durch die Organisierung des Parteitags den Dank der gesamten Partei verdient haben. Sie haben gezeigt, was die deutsche Sozialdemokratie hier in Mitteldeutschland bedeutet. Parteigenossen, ich sage mit Fug und Recht: wer macht uns das nach, was hier in Magdeburg geboten worden ist! (Lebhafte Zustimmung und Beifall.) Angefangen vom Mitteldeutschen Jugendtag am Sonnabend, als die Mehrzahl der

Delegierten hier eintraf, der 10 Kilometer lange Fackelzug, der durch die Straßen der Stadt wie eine einzige Flammensäule sich hindurchbewegte, zum Aufmarsch am Sonntag mit den Teilnehmern nicht nur aus dem ganzen Bezirk, sondern weit darüber hinaus, mit Wagen aus Hannover, aus Berlin, aus Anhalt, aus Hamburg, aus Sachsen und aus der Provinz Brandenburg. Wer sich an all das viele junge Blut erinnert, den überkommt ein Gefühl des Stolzes, das immer und immer wieder bei uns durchbrach, das uns alle durchdrang und vor dem jeder Pessimismus schwinden mußte. Wie gingen uns die Herzen auf, wenn man sie kommen sah, all die jungen, die künftigen Kämpfer, die Roten Falken, wie sie trugen so stolz ihr blau Gewand, wie sie die roten Fahnen schwenkten in der Luft!

Den Dank an die Jugend, den Dank an die Sportler, den Dank an das Reichsbanner, den Dank an die Arbeitergesangvereine spreche ich hiermit nochmals im Namen des gesamten Parteitags aus. (Beifall.)

Dann auch unsern Dank der Druckerei der Magdeburger „Volksstimme" und dem technischen Personal für die prompte Erledigung ihrer gewiß nicht leichten Aufgaben. (Beifall.)

Den Genossen der Kommission, die den Arbeiten des Parteitags entzogen waren, bringen wir volles Verständnis für ihr Bedauern entgegen, daß sie, so fest eingekeilt in der Arbeit, an den Verhandlungen nicht teilnehmen konnten. Es geht aber halt nicht anders, einige müssen es immer sein, die dieses Opfer bringen.

Den Höhepunkt aber, Parteigenossen, all der Veranstaltungen hier, der jedem unvergeßlich bleiben wird, das war am Mittwochabend jenes große Fest, das in seiner berauschenden Farbenpracht und in dem Zusammenwirken von etwa 1500 Mitwirkenden, zumeist Jugendlichen, uns dort an der herrlichen Landschaft am Mittag-See einen unvergleichlichen Eindruck übermittelte und hinterlassen wird.

Und das Licht leuchtet auf in der Finsternis! So überlief es einen jeden im Innern, der sah, wie auf dem Wasser Lampion an Lampion von Arbeiterruderern zusammengetragen wurde zu einem farbenprächtigen Bilde.

Aus allem aber, was wir sahen, was wir hörten, trat immer wieder das eine uns entgegen: die Liebe zur Partei und der Stolz auf ihr Können, ein berechtigtes Selbstbewußtsein, bei der Schaffung eines Großen und Ganzen sich einzugliedern als dienendes Glied; als dienendes Glied, und doch unentbehrlich zum Gelingen des Ganzen. (Beifall.)

Der Magdeburger Parteitag gab uns ein Zeichen innerer Geschlossenheit und Festigkeit der Partei. Arithmetische Kunststücke, aus den Abstimmungen die Stärke der Meinungsverschiedenheiten zu errechnen, erscheinen mir kleinlich und nichtig. Die Partei ist groß, die Partei ist stark, wenn sie geschlossen ist. Und wann ist sie es nicht, wenn der Kampf die Geschlossenheit fordert! Wir sind nicht Richtungen, wir sind Sozialdemokraten. (Stürmischer Beifall.)

Das Wort hat Klang in aller Welt. Ihn zu erhöhen, ihn zum Ehrennamen, zum vornehmsten Titel jedes Werktätigen zu machen, das ist unsre Aufgabe, sollen die Gegner unsre geschlossene Kraft empfinden und soll sie politische Münze sein.

Was rechts, was links? Standen wir denn nicht von rechts bis links erst noch vor wenigen Wochen gemeinsam im Feuer des sächsischen Wahlkampfes? Keine Partei in Deutschland wagt es, ihre Verhandlungen so offen vor aller Welt zu führen wie wir. Es gibt keine Kassenverwaltung, die so öffentlich über ihre Einnahmen Rechenschaft ablegt, keine Partei, die ihre Mitgliederzahlen voll Stolz so offen bekennt. In der Partei von heute findet ein Prophetenwort Lassalles seine Erfüllung. Wenn wir rückblickend unsern Weg und vorausschauend das Kampffeld überblicken, dann fühlen wir es: die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft erbaut wird. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben die Jugend. Wer zweifelt noch daran, wer ihre Scharen an sich vorüberziehen sah? Wir haben die Kraft, und aus all den Beschlüssen des Parteitags klingt heraus nur eine Mahnung an die bürgerliche Gesellschaft: die Sozialdemokratie tut nichts, aber auch nichts für euch, sie tut alles nur für die Enterbten, alles für die Arbeiterklasse, alles bis zum letzten. Mit all ihrer Kraft tritt sie ein für den großen Teil des deutschen Volkes, dem die Republik eine Heimat werden soll, eine Heimat, die er liebt und die er verteidigen will, weil sie erfüllt ist mit sozialem Geist und gleichen politischen Rechten, weil sie ihm und all den Unterdrückten der Vergangenheit den Weg ins Freie, den Weg zum Sozialismus bahnen soll.

Die Verhandlungen des Parteitags haben die Aufmerksamkeit aller politischen Parteien auf sich gezogen. Die strenge Sachlichkeit, welche unsre Tagung auszeichnete, muß auch von ihnen anerkannt werden. In allen Fragen, die wir berieten, zeigte es sich: wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Und wir wissen es: der Wille der Arbeiter, der jetzigen und der kommenden Generationen, wird erfüllen, was als schöner Traum vergangene Generationen begeisterte. Wir sehen das Ziel, und wir übersehen den Weg, der zu ihm führt. Weite Strecken noch führen durch Urwald und durch Gestrüpp. Hier Straßen zu bahnen, ist unsre Arbeit. Die Sozialpolitik ist uns das Mittel zum Zweck, um die Aermsten und die Schwächsten über jene Straße hinweg mit uns zu führen. In geschlossenem Aufmarsch formieren wir dazu unsre Organisationen. In ihnen werden die Schwachen mächtig, aus ihnen heraus wächst die Kraft.

Der Parteitag war getragen von wahrem parteigenössischem Gefühl. Darüber dürfen die Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten nicht hinwegtäuschen, wenn es auch so scheinen mag, als ob es immer dieselben Personen sind, die in ihren Auffassungen sich gegenüberstehen. Oft ist es nur eine andre Dialektik, andre Verhältnisse, die beeinflussend wirken. Sehen wir doch, wie so mancher Norddeutsche in Bayern ganz bayrisch wurde und umgekehrt. (Beifall.)

Parteigenossen, wir gehen nun in unsre Heimat, in unsre Bezirke zurück. Dort treten wir wieder in den Kampf ein, der heiß und heißer wird und werden soll, als er jemals war. Ob Opposition oder Koalition, ob in einer Regierung oder im Kampfe mit ihr, unser Ziel bleibt immer das gleiche. Unser Blick ist jenen Höhen zugewandt, von denen die Erkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge des Weltgeschehens den mit dem Rüstzeug der Wissenschaft des Sozialismus Ausgerüsteten den Sonnenaufgang einer neuen Zeit, einer neuen Gesellschaftsordnung, des Sozialismus, sehen läßt. Einst war Lassalle noch ein einzelner, als er das Wort prägte, daß der mit der Wissenschaft des Jahrhunderts Ausgerüstete von den Berggipfeln der Wissenschaft das Morgenrot einer neuen Zeit früher sieht als der im tiefen Tal Wandelnde. Jahrzehnte organisatorischer Arbeit haben uns allen das Morgenrot einer neuen Zeit in unser Gesichtsfeld gerückt.

Wir führen den Kampf um die Befreiung der Menschheit Schulter an Schulter mit den Sozialdemokraten der andern Länder. Die Nachrichten, die uns soeben aus England übermittelt werden, zeigen den unaufhaltsamen Vormarsch des Proletariats. Die letzten Nachrichten, die wir soeben bekommen haben, geben zwar nur einen Ueberblick über 220 Wahlkreise. Von ihnen haben erobert die Liberalen 15, die Konservativen 80, die Arbeiterpartei 120. (Stürmisches Bravo!) Mag die Möglichkeit der Regierungsbildung dort drüben sich so oder so entscheiden, mag sie an einem seidenen Faden hängen, der unaufhaltsame Siegsmarsch der organisierten Arbeiterschaft ist nicht aufzuhalten. Parteigenossen! Ich bitte Sie, dem Bureau das Recht zu geben, im Namen des Parteitags als letzte Handlung ein Telegramm mit dem Ausdruck des Glückwunsches und der heißen Freude über diesen Sieg an die Arbeiter Englands zu senden. (Lebhafte Zustimmung.)

Und nun zum Schluß! Nichts mehr soll uns trennen. Immer fester und fester sollen und müssen die Ketten werden, die uns umschlingen. Höher und höher soll steigen die Flut, immer stolzer sollen flattern die roten Banner des Sozialismus. Ihnen gilt unsre Liebe, ihnen gilt unser Kampf, ihnen gilt unser Leben. Es lebe die deutsche, die internationale, die völkerbefreiende Sozialdemokratie! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

Der Parteitag stimmt begeistert dreimal in den Hochruf ein. Ein Roter Falke tritt auf die Bühne und überreicht Wels einen Strauß roter Nelken mit den Worten: „Die Magdeburger Arbeiterschaft dankt dir durch diesen Blumenstrauß für die gute Leitung des Parteitags." (Stürmischer Beifall.) Der Parteitag singt unter den mächtigen Klängen der Orgel den Sozialistenmarsch.

Otto Wels: Damit ist der Parteitag geschlossen.

Erklärung zum Protokoll

Durch die Erklärung des Genossen Gerlach betreffend Ablehnung eines Korreferenten durch den Ortsverein Düsseldorf habe ich folgendes zu erklären:

Genosse Gerlach beantragte in der Versammlung, nachdem der Genosse Künstler gesprochen hatte, die Aussprache zu vertagen, eine neue Versammlung mit einem Redner, der auf dem Boden des Kommissionsentwurfs stehe, einzuberufen und danach die Aussprache vorzunehmen. —

Der Vorsitzende Müller erklärte, die Versammlung sei frühzeitig genug durch die Presse bekanntgegeben worden. Hätte man einen zweiten Redner gewünscht, hätte man dies dem Vorstand vor der Versammlung mitteilen können, dann hätte sich darüber reden lassen. Jetzt die Aussprache zu vertagen, sei nicht angängig. Er sei bereit, einem Genossen, der auf dem Boden des Kommissionsentwurfs stehe, eine verlängerte Redezeit zu geben. Davon wurde kein Gebrauch gemacht. Die Versammlung lehnte den Antrag Gerlach ab. —

Völlig, Düsseldorf.